

TOP 3.7.3 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich¹

Das WIFO prognostizierte im Dezember 2013 unverändert ein leichtes Anziehen des Wirtschaftswachstums auf 1,7 Prozent im Jahr 2014, für 2015 wird dieselbe Wachstumsrate erwartet. Der schwache Konsum verhindert eine kräftigere Belebung. Durch die Zunahme des Arbeitskräfteangebots wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Die Teuerung nimmt im Prognosezeitraum leicht ab.

Nach drei Jahren rückläufiger Wachstumsraten dürfte die Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 wieder stärker expandieren. Die US-Wirtschaft wird in diesen beiden Jahren mit 2,5 bzw. 3,1 Prozent relativ kräftig wachsen, während einige bedeutende Schwellenländer weiterhin eine verhaltene Konjunkturdynamik aufweisen.

Der Euroraum, von dem die weltweite Konjunkturschwäche der letzten Jahre ausging, löste sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 aus der Rezession, der Ausblick für 2014 und 2015 bleibt mit prognostizierten Wachstumsraten von 1,1 bzw. 1,4 Prozent allerdings verhalten. Die in einigen peripheren Ländern Europas gesetzten Maßnahmen zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der Außenhandelsdefizite sowie die in vielen Ländern simultane Reduktion der öffentlichen Nachfrage dämpfen die Nachfrage und verhindern eine nachhaltige Erholung der Arbeitsmärkte und der öffentlichen Haushalte. Belastend wirkt daneben auch die hohe Privatverschuldung von Haushalten und Unternehmen. Weiterhin bestehen in Europa bedeutende regionale Unterschiede. Die Wirtschaftsleistung wird unter anderem in Italien den Niederlanden, Spanien, Slowenien und Portugal um weniger als 1 Prozent zunehmen, während Deutschland (plus 1,7 bzw. 1,9 Prozent in den Jahren 2014 und 2015), Finnland, die Slowakei und Österreich überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen werden.

Österreich konnte sich der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren sechstem Jahr sich die Eurozone befindet, zwar nicht entziehen, allerdings konnten durch eine eigenständige Wirtschaftspolitik die negativen Auswirkungen geringer gehalten werden als in den meisten anderen Ländern. Durch Mittel wie Kurzarbeit und Steuerentlastung konnten bezüglich Wachstum und Arbeitsmarkt überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden. Nach einer Stagnation im ersten Halbjahr 2013 begann die Wirtschaft durch positive Impulse des Außenhandels wieder zu wachsen. Die Prognose eines sich beschleunigenden Exports beruht auf den positiven Aussichten für wichtige Handelspartnerländer wie Deutschland und für einige östliche Länder (Polen, Slowakei), während von Italien, Tschechien und Ungarn keine substantziellen Wachstumsbeiträge zu erwarten sind.

Nach dem markanten Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen sorgen Nachholinvestitionen 2014 für einen spürbaren Zuwachs, bevor 2015 die Dynamik wieder nachlässt. Die aktuelle Wachstumsschwäche basiert auch auf einer ausgeprägten Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte (2013 sogar leicht rückläufig), deren Ursachen in der negativen Entwicklung der Netto-Pro-Kopf-Löhne seit 2010, in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie in der Verschlechterung am Arbeitsmarkt (siehe unten) liegen. Auch die Sparquote wird wieder ansteigen, um die im Zuge der Wirtschaftskrise verlorenen Vermögenspolster wieder aufzubauen. Der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums fällt daher deutlich geringer aus als in früheren Aufschwungsphasen.

¹Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 19. Dezember 2013

Der leichte Rückgang der Inflationsrate stützt tendenziell die Konsumnachfrage, wobei allerdings die Teuerungsrate im Euroraum mit knapp über 1 Prozent deutlich niedriger liegt als in Österreich. Die Inflationsauswirkungen der neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden mit je 0,1 Prozentpunkt in den Jahren 2014 und 2015 angenommen.

Die markante Konjunkturschwäche schlägt sich merklich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Zwar steigt die Beschäftigung – wenn auch schwach – weiter, doch betraf dies 2013 nur die Teilzeitbeschäftigung, während die Vollzeitbeschäftigung sank. Insgesamt ergab sich dadurch ein leichter Anstieg der Beschäftigung bei einer rückläufigen Arbeitszeit pro Kopf. Eine massive Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes, die größer ist als die der Beschäftigung, steht einer Stabilisierung der Arbeitslosigkeit entgegen. Zu der Expansion der heimischen Erwerbsbevölkerung kommen im Jahr 2014 als Sonderfaktoren noch die strengeren Regeln für den Pensionszugang sowie die Arbeitsmarkttöffnung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien. Auch die zunehmende Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen sowie die Konzentration der neuen Beschäftigungsverhältnisse auf zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland bewirken neben dem schwachen Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen eine Dämpfung des heimischen Konsums, da diese Einkommen zu einem erheblichen Teil in den Herkunftsländern der Einpendler ausgegeben werden.

Das aktuelle Niveau der Zahl der Arbeitssuchenden (inkl. ca. 74.000 Arbeitslose in Schulungsmaßnahmen) lag 2013 mit 360.000 um knapp 100.000 höher als vor der Finanzkrise. Das WIFO erwartet bis 2015 eine Erhöhung der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf durchschnittlich 305.000. Damit würde die Arbeitslosenquote auf 7,9 Prozent der unselbstständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung bzw. auf 5,2 Prozent der Erwerbspersonen laut Eurostat wachsen.

Die Entwicklung des Haushaltssaldos im Prognosezeitraum ist von Einmaleffekten geprägt, ab 2014 auch von zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen, um den angestrebten Budgetpfad zu realisieren. 2013 waren die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen maßgeblich für die Verringerung des Maastricht-Defizits verantwortlich. Ebenfalls 2013 fiel der Großteil der Einnahmen aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz an, 2014 diejenigen aus Liechtenstein. Auf der Ausgabenseite wirken im gesamten Prognosezeitraum Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken belastend.

Die Budgetprognose ist mit großen Risiken und Unsicherheiten belastet. Sie geht davon aus, dass 2014 ein dauerhaft wirkendes Konsolidierungsvolumen von rund 2 Mrd. Euro realisiert wird, welches das strukturelle Defizit entsprechend verringert. Für 2015 wird von einer zusätzlichen Milliarde ausgegangen. Im Jahr 2014 sollten sich einnahmen- und ausgabenseitige Maßnahmen die Waage halten, letztere werden 2015 überwiegen. Damit könnte sich das Maastricht-Defizit bis 2015 auf 1,6 Prozent des BIP verringern.

Wichtigste Ergebnisse der WIFO-Prognose vom 19. Dezember 2013

	2011	2012	2013	2014	2015
	(Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent)				
Bruttoinlandsprodukt					
Wirtschaftswachstum, real	+2,8	+0,9	+0,3	+1,7	+1,7
Wirtschaftswachstum, nominell	+4,9	+2,6	+2,3	+3,5	+3,6
Gesamtwirtschaftliche Produktivität (BIP pro Erwerbstätigen)	+1,0	-0,5	-0,3	+0,8	+0,9
Stundenproduktivität i.d. Sachgütererzeugung	+6,4	+0,1	+0,9	+3,0	+3,9
Private Konsumausgaben, real	+0,8	+0,5	-0,1	+0,9	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+8,5	+1,6	-1,4	+3,0	+2,1
Ausrüstungen	+14,3	+2,1	-3,5	+5,0	+3,0
Bauten	+2,5	+2,5	+0,5	+1,2	+1,3
Herstellung von Waren, real	+8,3	+1,1	+0,8	+3,5	+4,2
Handel, real	+1,3	-1,7	-1,3	+1,3	+2,0
Warenexporte lt. Statistik Austria, real	+8,1	+0,8	+2,5	+5,5	+6,5
Warenimporte lt. Statistik Austria, real	+8,6	-1,3	+0,4	+5,5	+6,0
Leistungsbilanzüberschuss					
Mrd. €	+4,9	+4,9	+9,7	+11,2	+12,2
in % des BIP	+1,6	+1,6	+3,1	+3,4	+3,6
Verbraucherpreise	+3,3	+2,4	+2,0	+1,8	+1,9
Arbeitslosenquote					
in % der Erwerbspersonen ¹	4,2	4,3	4,9	5,2	5,2
in % der unselbständigen Erwerbspersonen ¹	6,7	7,0	7,6	7,9	7,9
Arbeitslosigkeit in 1.000 Personen ¹	247	261	287	303	305
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²	+1,9	+1,4	+0,6	+0,8	+0,8
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer, nominell	+1,8	+2,4	+1,9	+2,1	+2,4
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
brutto	-1,4	-0,1	-0,1	+0,3	+0,5
netto	-1,8	-1,1	-0,5	0,0	+0,1
Sparquote ³	6,7	7,4	6,3	7,0	7,5
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,8	+3,0	+2,2	+1,2	+1,5
Sachgüterproduktion	-3,0	+3,0	+1,7	-1,0	-1,2
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP ⁴	-2,5	-2,5	-1,9	-2,0	-1,6

¹ tatsächliche Werte, ² ohne Karenz-/KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Präsenzdiener und in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose SchulungsteilnehmerInnen, ³ in Prozent des verfügbaren Einkommens - einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, ⁴ tatsächlicher Wert, gemäß Maastricht-Definition;